

Zum Thema "Gerechtigkeit" im Rahmen der gleichnamigen Reihe - initiiert von Herrn Roland Kloss - hielt ich am 25. April 2016 das folgende Referat, das sich in erster Linie auf die Beitragserhebung bei Straßenausbaumaßnahmen bezieht.

Guten Abend, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Mein Name ist Joachim Dreilich. Ich bin Dipl.- Handelslehrer und war zuletzt als Oberstudienrat an den BBS I Lüneburg tätig. In Adendorf wohne ich seit 1972 und zwar Im Suren Winkel.

Als mich Herr Kloss fragte, ob ich bereit sei, ein Referat über den Begriff "Gerechtigkeit" zu halten, winkte ich zunächst ab. Ich hatte im Hinterkopf, dass es sich hierbei um ein philosophisches Problem handeln würde und ich war mir bewusst: Das übersteigt meine Grenzen, denn: Ich bin kein Philosoph! Und richtig: Als ich anfang, mich mit dem Thema zu beschäftigen, stieß ich auf derart komplizierte Sachverhalte, dass mir bewusst wurde, dass mein anfängliches Zögern zurecht bestanden hatte. Schon Plato hatte sich mit diesem Thema schwergetan und alle klugen Leute nach ihm ebenso.

Mein Trost bestand allerdings darin, dass Herr Kloss mich gebeten hatte, ein sog. "Impulsreferat" (Kurzreferat mit anschließender Diskussion) zu halten, was mich dann doch bewog bzw. ermutigte, seiner Bitte zu entsprechen.

Ich meine, wir sollten zunächst dem Begriff "**Gerechtigkeit**" näher zu kommen versuchen. In dem Wort "Gerechtigkeit" steckt das Wort "**Recht**". Gibt es einen Unterschied zwischen den Begriffen "Recht" und "Gerechtigkeit"?

Zitat aus dem Projekt Stiftung Lesen: " Recht bezeichnet durch Gesetze verbindlich festgelegte Normen und Regeln, die zu einer bestimmten Zeit für eine konkrete Gesellschaft gelten. () Mithilfe des Rechts wird das Zusammenleben also formell geregelt. () Zentraler Grundsatz ist das Prinzip der Gleichheit bzw. der Gleichbehandlung. Im gesellschaftlichen Sinn zielt die Forderung nach Gerechtigkeit auf einen größtmöglichen Ausgleich zwischen eigenen und fremden sowie individuellen und kollektiven Interessen. () Recht und Gerechtigkeit können in Konflikt miteinander geraten. In Situationen, in denen geltendes (positives) Recht als ungerecht erlebt oder als Unrecht erfahren wird, kann unter Berufung auf die Grundsätze der Gerechtigkeit **Widerstand** geleistet werden."

Lassen Sie mich eine wissenschaftlich nicht vollkommene Definition zum Ausdruck bringen: Recht ist eine objektive Festsetzung, z.B. festgeschrieben im GG, im BGB, STGB u.a., Gerechtigkeit ein subjektives Empfinden - wo festgeschrieben? Ich weiß es nicht, ich glaube nirgends!

Das kling nun alles, bis auf den letzten Satz, sehr nach akademischer Betrachtungsweise. Es bringt uns für die alltäglichen Probleme aber nicht recht weiter.

Lassen Sie mich nun einige Beispiele nennen, die den Schrei nach "Gerechtigkeit" bei uns Menschen aufsteigen lässt.

Beispiel 1: Steuern. Große amerikanische Firmen bezahlen in Deutschland so gut wie keine Steuern, z.B. facebook, amazon, google u.a. In Deutschland muss jeder kleine Imbißbudenbesitzer seine Steuererklärung korrekt und rechtzeitig abgeben, wenn er keine Strafe riskieren will.

Frage: Ist das gerecht?

Beispiel 2: Renten. Es steht zu befürchten, dass in Zukunft die Hälfte der Bevölkerung im Alter in der Sozialhilfe landet. Nach 45 Jahren werden Menschen, die unter Mindestlohnbedingungen gearbeitet haben, weit unter € 1000 beziehen. Es gibt allerdings abweichende Berechnungen, aber - keiner kennt die genauen Zahlen.

Frage: Ist das gerecht?

Beispiel 3: Verteilung des Vermögens in Deutschland . 1% der Bevölkerung besitzen mehr Vermögen als 50 % der unteren Bevölkerungshälfte.

Frage: Ist das gerecht?

Beispiel 4: Rückbau der AKW. Die sog. Energieriesen RWE, E.on, Vattenfall und En BW verlangen, dass die Rückbaukosten von der Allgemeinheit getragen werden müssen, nachdem sie zuvor horrende Gewinne auf Kosten der Verbraucher gemacht haben.

Frage: Ist das gerecht?

Beispiel 5: Mord oder "nur" Totschlag. Ein Kind wird von einem betrunkenen Autofahrer angefahren und schwer verletzt. Er begeht Fahrerflucht. Hätte der Fahrer das Kind in das nächste Krankenhaus gefahren, hätte es gerettet werden können. Der Täter wird wegen Totschlags verurteilt, weil das Kind auf der Straße verblutet ist. Kriterien für ein Mordmerkmal liegen nicht vor. Also: Totschlag, kein "Lebenslänglich".

Frage: Ist das in den Augen der Eltern gerecht?

Lenken wir nach diesen Beispielen - und man könnte die Aufzählung beliebig erweitern - unser Augenmerk auf das eigentliche Thema dieses Abends. Es geht hier um

Verkehrsprobleme und die Kosten, die wir alle - **wir alle** - verursachen, indem wir Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen, Kreisstraßen, Durchgangsstraßen in Städten und Dörfern, sowie Zufahrtsstraßen zu diesen benutzen. Aber - und das sollten wir auch feststellen: Was gab es unter den Spediteuren und Frachtführern in Deutschland für einen Aufschrei, als die **Maut** für LKW eingeführt wurde!! Wie intensiv wird die Diskussion geführt, für Fern-und Reisebusse ebenfalls eine Mautgebühr einzuführen, weil "sie die Autobahnen ebenso stark belasten wie LKW" (Zitat , LZ v. 16.4.16) und deshalb an den Reparatur- bzw. Ausbaurkosten der Straßen zu beteiligen sind. Wie sehr sind deutsche PKW-Fahrer empört und entsetzt, wenn sie in Österreich, Italien oder Frankreich Geld (Mautgebühren) für die Benutzung der Fernstraßen (Autobahnen) hinlegen müssen! Klage:" Bei denen müssen wir zahlen, bei uns fahren sie umsonst".

Allein diese drei Beispiele aus dem Sektor "Verkehr" zeigen deutlich, dass nur diejenigen einen Protest anmelden, die selbst betroffen sind. Ich kenne z.B. keinen bekennenden Flugreisenden, der sich je über eine Straßenmaut aufgeregt hätte - er fliegt nach Südfrankreich oder Spanien, lässt sein Auto zu Hause.

Seien wir ehrlich: Wir Menschen neigen nicht zur Solidarität. Uns "tangiert es nur peripher", wenn andere ein Unheil trifft. Es kümmert uns wenig, wenn Anlieger in Lüne - Moorfeld unter der ständigen Geräuschkulisse einer autobahnähnlichen Straße leiden. Im Gegenteil: Eine hohe Anzahl von Kfz-Führern scheren sich nicht um die 100 km/h-Begrenzung, wohl wissend, dass jede höhere Geschwindigkeit einen höheren Geräuschpegel provoziert.

Was kümmert die Mehrheit der Bürger einer Gemeinde wie Adendorf, wenn Teile von Sportanlagen von einem Investor aufgekauft werden mit dem Ziel, Häuser und Wohnungen im Luxussegment zu erstellen und damit noch mehr Verkehr und Lärm auf den Zubringerstraßen produziert wird? Von der Beeinträchtigung der Natur - Beseitigung von Hecken, Büschen und Bäumen ganz zu schweigen.

Was kümmert viele Erbstorfer die Tatsache, dass einigen Bürgern ein Asylantenheim vor die Nase gesetzt wird. Es betrifft ja nicht sie. Sie sind ja keinesfalls fremdenfeindlich oder gar Rassisten. Mögliche Ängste einiger Anlieger, ob begründet oder nicht, werden hinweg gewischt bzw. ignoriert. Übrigens: Beispiele für dieses "sich nicht kümmern um" betrifft ja nicht nur uns in unserem Ort. Beispiele dafür finden wir auch in der sonst so weltoffenen Stadt Hamburg. Ich erinnere an den Protest Blankeneser und Harvesterhuder Bürger gegen die Installierung eines Asylantenheimes.

Was kümmert uns Adendorfer Bürger, dass beim Überfahren des sog. Erbstorfer Kreises durch rücksichtslose Autofahrer für die Anlieger ein nur schwer hinzunehmender Lärm entsteht?

Sie merken schon, ich nähere mich vorsichtig dem Kernpunkt unseres heutigen Abends und ich hoffe, dass in der anschließenden Diskussion möglichst viele Beiträge zu Wort kommen.

Im Jahre 2002 wurde vom Adendorfer Gemeinderat eine **Straßenausbaubeitragsatzung** (SABS) beschlossen. Sie löste die im Jahre 1988 beschlossene Satzung ab und umfasst 15 § . Keine Angst: Ich werde keinesfalls alle 15 § vortragen. Für unsere heutige Diskussion ist vor allem der § 4 (Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Aufwand) interessant. Hier wird festgelegt, welcher Anteil an der Herstellung, Erweiterung, Verbesserung und der Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen von den betroffenen Grundstückseigentümern erhoben werden kann. Auch hier werde ich Sie keinesfalls mit ermüdenden Zahlen konfrontieren. Nur eines sei gesagt: Der Anteil der Kosten für Anlieger beträgt zwischen 30 und 75 % . Das heißt, wer das "Pech" (Glück ?) hat, in einer Straße mit Anliegerverkehr zu wohnen, trägt zusammen mit seinen Nachbarn 75 % der Kosten. Sein Glück allerdings besteht darin, dass "seine" Straße zu seinen Lebzeiten aller Wahrscheinlichkeit nach keiner Erneuerung bedarf. Denn: Die Gemeinde Adendorf sieht sich außerstande, mehr als eine

Straße pro Jahr zu restaurieren. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht interessant zu erwähnen, dass eine ganze Reihe von Mitgliedern des Adendorfer Bauausschusses bzw. Gemeinderates in verkehrsberuhigten Zonen wohnen, d.h. eine finanzielle Belastung bis zu einem fünfstelligen Betrag steht ihnen in den nächsten fernen Jahren nicht ins Haus (z.B. Katzenberg, Helene-Lange-Str.).

Ich erinnere an die von mir vor kurzem genannten Beispiele. Was liegt näher, als das sog. "St. Florians-Prinzip" zu zitieren, Sie wissen schon....."Verschon` mein Haus, zünd `andere an". Diese SABS wurde auch und in 1. Linie von Politikern abgesegnet, die das Wörtchen "sozial" in ihrem Parteinamen führen. Ich frage Sie: Was ist als sozial zu bezeichnen, wenn einzelne für diejenigen mit bezahlen müssen, die die Schäden an unseren Straßen mehrheitlich verursachen?

Ganz hart trifft es die Anwohner von stark betroffenen Durchgangsstraßen, z.B. Kirchweg, Im Suren Winkel, Dorfstraße. Hier rollt der Verkehr in z.T. unerträglichem Maße und darüber hinaus werden diese Straßen auch von Bussen und LKW frequentiert. Untersuchungen haben ergeben, dass Anlieger ihre Straßen nur zu 10% selbst benutzen. Der Rest besteht aus Durchgangsverkehr.

Lassen Sie mich aber am Beispiel des "Suren Winkels" obige Aussage belegen: Alle Verkehrsteilnehmer zu den Zielen Sportzentrum, Eishockeystadion, Tennisplätze, Golfplätze, Schwimmbad, dem Hotel Castaneum, der Siedlung Katzenberg sowie der Siedlung hinter dem DRK- Altenheim benutzen diese Straße. Darüber hinaus ist beobachtet worden, dass diese Straße als Abkürzung nach Scharnebeck dient, z.B. vom Industriegebiet Lüner Heide aus. Einen Hohn stellt der letzte Teilsatz des § 1, Absatz 1 der SABS dar. Hier wird zum Ausdruck gebracht, dass die Grundrenovierung ihrer Straße den Anwohnern zu besonders wirtschaftlichen Vorteilen gereicht.

Das Gegenteil ist der Fall: Der Verkehr nimmt noch mehr zu und vor allem wird die Fahrzeuggeschwindigkeit und der damit verbundene Lärmzuwachs deutlich erhöht, von den Gefahren für Radfahrer und Fußgänger ganz zu schweigen. Schon heute wird in dieser Straße im Bereich Sandweg/ Kreisel am Friedhof, allen sog. "Untersuchungen" zum Trotz gerast, was das Gaspedal hergibt.

Trotz des relativ niedrigeren %-Satzes der Beitragsbeteiligung kann auf den einzelnen Hauseigentümer ein Betrag von bis zu 10.000 € und mehr zukommen. Viele ältere Mitbürger haben sich mit Mühe während ihres Erwerbslebens ein halbwegs schuldenfreies Heim erarbeitet. Für diese Menschen - und auch die gibt es in Adendorf -ist ein solcher Betrag unerschwinglich.

Ich frage: Ist das gerecht?

Zynisch ist zu nennen, wenn - wie geschehen - ein Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung Adendorf einer Witwe, die die ihr auferlegte Kostenbeteiligung nicht zahlen konnte gesagt

wird, "Dann müssen Sie eben Ihr Haus verkaufen". Übrigens, diese Dame (sie ist inzwischen verstorben) wohnte über 40 Jahre "Im Suren Winkel".

2006 wurde der nördliche Abschnitt des "Suren Winkels" saniert bzw. ausgebaut. Nur ein Anlieger, nämlich das DRK, erhob Widerspruch, woraufhin die Bescheide zur Kostenbeteiligung aufgehoben bzw. einer erneuten Überprüfung unterzogen wurden. Leider sind Infos über die tatsächliche, endgültige Kostenbeteiligung des DRK einer öffentlichen Bekanntgabe (noch!) verschlossen, die "privaten" Anlieger sind zur Kostenübernahme verpflichtet worden.

Um Ihnen einen Überblick über den derzeitigen Stand der Entwicklung zu geben, möchte ich Ihnen folgende Infos vermitteln:

Vor fast genau 2 Jahren fand sich eine Gruppe von Anliegern des "Suren Winkels" zusammen, um eine Verkehrsberuhigung in dieser Straße zu erwirken. Ich will Sie jetzt nicht mit den unendlich vielen Aktionen und Vorstößen behelligen, die von dieser Gruppe in Richtung Bürgermeister, Bauausschusssitzungen und anderen Institutionen unternommen wurden. Nur das sei gesagt: Auf einer Anliegerversammlung in der Ratsdiele unterschrieben ca. 160 Bürger eine Petition mit der Forderung, die Verkehrssituation "Im Suren Winkel" , Grüner Weg sowie Lindenweg zu verbessern, wobei 8 Forderungen erhoben wurden. Das Ergebnis dieses Bürgerbegehrens ist als niederschmetternd und total desillusionierend zu bezeichnen. Keine Aufforderung zur Realisierung auch nur einer dieser Bitten an die zuständigen Politiker bzw. an den Bürgermeister oder dessen Sachbearbeiter ist bis zum heutigen Tage realisiert worden. Ich frage: Ist es gerecht, wenn der ausdrückliche Bürgerwille von 160 Personen im Papierkorb entsorgt wird?

Aber kommen wir zurück zu dem, was neben der Verkehrsberuhigung auf Adendorfer Straßen zu ebenso relevanter Bedeutung geworden ist. Es geht um die von mir bereits erwähnte SABS. Eine Gruppe von Anliegern hat vor ca. 4 Monaten einen Internet-Auftritt (home-page) ins Leben gerufen, um allen Adendorfern den Blick dafür zu schärfen, was verkehrspolitisch in ihrer Gemeinde zu verbessern wäre. Hierzu werden reichlich Vorschläge gemacht. Der 2. Ansatz dieser home-page ist das Verlangen, den Bürgern die schreiende Ungerechtigkeit der bisher geltenden unseligen SABS nahe zu bringen. Dafür wurden viele Artikel aus den Tageszeitungen aber auch aus Fachzeitschriften (Journal des VDBG, Verband Deutscher Grundstücksnutzer e.V.) aufgenommen und sind dort einsehbar und nachlesbar. Übrigens: Es gibt durchaus Möglichkeiten, die Kosten für Sanierungen unserer Straßen denjenigen aufzuerlegen, die diese Straßen benutzen und damit abnutzen nämlich uns allen. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass LKW und Busse eine Straße 10.000 - mal so stark wie ein PKW beanspruchen.

1. Möglichkeit: Die Erhöhung der **Grundsteuer** um die erforderlichen Punkte. In Adendorf würden ca. 100 Punkte ausreichen. Eine zusätzliche jährliche Belastung zwischen 30 und 130 € wäre die Folge. Damit würden sich alle Hauseigentümer an den Kosten beteiligen. Die Kosten für Straßensanierungen würde von allen Schultern getragen. Übrigens: Leider von

Mietern, die in der Regel ebenfalls mit ihren PKW unsere Straßen be- und abnutzen, nicht - nach § 559 BGB, Frage: Ist das gerecht?

2. Möglichkeit: Die Erhebung wiederkehrender Beiträge, die die finanzielle Belastung durch große Beträge auf kleinere Beträge verteilen würde.

Eine 3. Möglichkeit wurde vor kurzem vom Nieders. Innenminister Boris Pistorius vorgebracht: Zitat s. Artikel in der LZ v. 19.4.16, in unserer home-page einsehbar. Unsere Gemeinde wäre im übrigen kein Vorreiter bei der Abschaffung der SABS. Abgeschafft haben sie allein in unserer Region: Amelinghausen, Bardowick, Barnstedt, Barum, Betzendorf, Boltersen, Dahlem, Handorf, Mechtersen, Melbeck, Oldendorf/Luhe, Rehlingen, Tosterglope und Wittorf.

Dem häufig vorgebrachten Argument, dass diejenigen Mitbürger, deren Straßen in der jüngsten Vergangenheit saniert wurden, durch eine Grundsteuererhöhung doppelt bestraft würden, ist leicht zu begegnen. Diese Grundstückseigentümer könnten von der notwendigen Erhöhung der Grundsteuer befreit werden, bis ein gerechter Ausgleich geschaffen worden ist.

Es bleibt zum Schluss die Frage: Wo bleibt die Gerechtigkeit, wenn einige wenige für den Rest der Gemeinschaft unverhältnismäßig hohe finanzielle Lasten zu tragen gezwungen werden? In kaum noch zu zählenden Gesprächen mit Mitgliedern des Gemeinderates, des Bauausschusses und nicht zuletzt mit unserem Bürgermeister ist es mir nicht gelungen auch nur **einen** triftigen, einsehbaren Grund gegen die sofortige Abschaffung der SABS zu erfahren.

Joachim Dreilich, Adendorf

Anmerkung

Nach Beendigung meines Referats wurde von der jüngst gewählten Vorsitzenden des Adendorfer Bürgervereins gefragt: Wo war denn Dreilich, als die Dorfstraße saniert wurde? Ich muss gestehen, dass ich die Problematik der SABS zu diesem Zeitpunkt nicht im Blick hatte, da ich von ihrer Existenz zu diesem Zeitpunkt nichts ahnte und auch nicht durch Leserbriefe oder Zeitungsartikel aufmerksam gemacht worden wäre. Meine Frage allerdings richtet sich an den Bürgerverein Adendorf, der vorgibt, sich um die Interessen und Belange der Bürger zu kümmern: Wo und auf welche Art und Weise hat der Verein den Versuch unternommen, Schaden von denjenigen Bürgern abzuwenden, deren Interessen er angeblich vertritt?